## **Kolpingwerk Deutschland**

Erklärung des Bundesvorstandes



Am 20. Februar 2021

## "Erinnerungskultur als gesamtgesellschaftlicher Auftrag" –

Kolpingwerk Deutschland aus Anlass von 1700 Jahren jüdischen Lebens in Deutschland

Auch wenn die letzten Opfer und Zeugen der nationalsozialistischen Verbrechen bald nicht mehr unter uns leben, darf es keinen Schlussstrich bei dem Gedenken an den Holocaust geben. Deshalb braucht es neue Formen des Gedenkens für nachkommende Generationen, die sich fragen, was diese Vergangenheit mit ihrem Leben zu tun hat. Gedenken und Erinnern bedeuten zugleich, Lehren aus unserer Geschichte zu ziehen und Verantwortung im Hier und Heute zu tragen. Eine "erinnerungspolitische Wende", wie es aus rechtspopulistischen Kreisen immer wieder gefordert wird, darf es deshalb nicht geben.

Ausgrenzung und Hass sind aktuell zunehmend alltäglich. Antisemitische Stereotype sind gegenwärtig, sie sind in den sozialen Netzwerken und nicht zuletzt auch auf Corona-Demonstrationen zu hören. Es ist oft ein kurzer Weg von der Verrohung der Sprache bis zum Einzug der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Auch heute zeigt sich, wie schnell aus Mitläufern Mittäter werden können. Mitmenschlichkeit und Solidarität mit den Schwachen und Bedrängten ist gefragt.

Als *Mensch unter Menschen* gesehen zu werden bedeutet, den Menschen in seiner Würde nicht in Frage zu stellen, gleich welcher Religion oder Herkunft. Das ist die gesellschaftliche Verantwortung und eine ständige Aufgabe, die von Generation zu Generation weitergegeben werden muss. Ein "Nie wieder!" als Mahnung an alle und als Auftrag unseres Grundgesetzes: Gerade wir als Christen fühlen uns diesem Auftrag entsprechend unserem christlichen Menschenbild verpflichtet. Es geht nicht nur um unsere Geschichte, sondern auch um unsere Gegenwart. Aber es geht auch um unsere Zukunft und um die Frage, wie wir in unserer

demokratischen und offenen Gesellschaft respektvoll und vorurteilsfrei miteinander leben wollen.

Erinnerungskultur resultiert insbesondere aus der Verantwortung für den Holocaust. Erinnerung kann nicht staatlich verordnet werden. Erinnerung muss aus sich heraus wirken. Sie muss Anlass sein für eine auch im Alltag sichtbare persönliche Haltung und Handlung, die die Lehren aus der Geschichte reflektiert.

Eine sichere Gegenwart und Zukunft für Jüdinnen und Juden in Deutschland ist ein Prüfstein dafür, dass wir die Verantwortung für unsere Geschichte übernehmen. Alle Formen des Antisemitismus sind deshalb zu bekämpfen. Für antisemitische Ressentiments und Vorurteile darf es keinen Raum geben. Ein wichtiger Schlüssel, um antijüdische Einstellungen bewusst zu machen und Judenhass zu überwinden, ist Bildung, das Wissen um die geschichtlichen Ereignisse.

Gerade weil es immer weniger Zeitzeugen gibt, genügt der bloße Akt der Erinnerung nicht mehr. Daher braucht es eine Erinnerungskultur mit neuen Formen und Formaten. Daran mitzuwirken, ist eine wesentliche Aufgabe unserer Zivilgesellschaft: in den Schulen, in der Jugend- und Erwachsenenbildung, in Familien, Vereinen und Verbänden, in demokratischen Parteien und Gewerkschaften sowie in Kirchen und Religionsgemeinschaften. Sie alle sind wichtige Lernorte und müssen dazu beitragen, eine Kultur der Verantwortung im Alltag der Menschen zu verankern. In diesem Sinne müssen auch staatliche Organe zusammen mit der Zivilgesellschaft gemeinsam handeln. Es ist beschämend, dass rechtsextremistische und antisemitische Anschläge und Morde wie in Hanau, Halle oder Kassel in Deutschland wieder möglich sind.

Die Beziehung der beiden christlichen Kirchen zum Judentum hat sich in Deutschland nach 1945 grundlegend gewandelt. Die Erneuerung dieses Verhältnisses nach der Katastrophe des Holocaust und das gemeinsame christlich-jüdische Gespräch sind heute ein zentraler Auftrag. Den respektvollen Dialog und die offene Begegnung mit Menschen jüdischen Glaubens zu fördern und immer wieder engagiert Stellung gegen jegliche Form von Antisemitismus zu beziehen, ist damit eine ständige Aufgabe. Veröffentlichungen und Projekte, die sich mit theologischen Fragen, gesellschaftlichen Herausforderungen und Perspektiven des christlich-

jüdischen Miteinanders in unserem Land befassen, tragen dazu bei, dass sich eine alltagsprägende Kultur entwickeln kann.

Jüdisches Leben gibt es in Deutschland seit 1700 Jahren. In einem Edikt erließ 321 der römische Kaiser Konstantin, dass Juden städtische Ämter in der Kurie, der Stadtverwaltung Kölns, bekleiden dürfen und sollen. Es belegt, dass jüdische Gemeinden bereits seit der Spätantike wichtiger integrativer Bestandteil der jüdischen Geschichte in Deutschland sind. Jüdisches Leben ist auf der ganzen Welt vielfältig – so auch in Deutschland. Heute leben schätzungsweise wieder 150.000 Jüdinnen und Juden in Deutschland. Sie prägen heute das Bild des deutschen Judentums mitten in unserer Gesellschaft. Sie gehören zu unserer Gesellschaft. Tun wir alles dafür, dass dies so bleibt!

Köln, 20. Februar 2021

Bundesvorstand Kolpingwerk Deutschland